

Baumann, Wolfgang

Article — Digitized Version

Zeitgeist, nationales Interesse - und Europa?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Baumann, Wolfgang (1961) : Zeitgeist, nationales Interesse - und Europa?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 3, pp. 117-123

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133091>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

„Zeitgeist“, nationales Interesse - und Europa?

Dr. Wolfgang Baumann, Köln

Am Anfang stand die Idee, die von Enthusiasmus und Opferwillen getragen wurde. Am Ende steht das Interesse, das aus nationalem und wirtschaftlichem Egoismus jedes Opfer meidet. Ist das noch das erstrebte Europa? In vorsichtiger Beweisführung zeigt der Autor das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration, zwischen klein-europäischer und grobeuropäischer Lösung, zwischen Liberalisierung, Unifizierung und integraler Vereinigung. Wenn politisch Europa das „Europa der Vaterländer“ geworden ist, so droht wohl die wirtschaftliche Integration zu einem Europa der Verbandsfunktionäre zu werden. Große politisch-kulturelle Werke bedürfen auch im Materiellen ganz bestimmter Voraussetzungen. Not und Sathheit — so meint der Autor — sind ihnen feindlich. In wirtschaftlichen Notständen ziehen sich die Völker auf sich selbst zurück. Deshalb verlangt jede politische Vereinigung die wirtschaftliche Bereinigung. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß wir in der Aktion vielleicht auf einen toten Punkt gekommen sind. Es fehlt das Positive, die Idee, die den Willen trägt. Und wir müssen diese Lücke füllen. „Die europäische Vereinigung darf nicht das Surrogat einer Zweckpolitik sein!“

Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst „des Liberalismus“ — so könnte man in Abwandlung eines bekannten Wortes vielleicht heute sagen. Damit aber keine Mißverständnisse aufkommen: Es sollen hier nicht etwa bestehende Schattenseiten des Liberalismus aufgezeigt, sondern es soll untersucht werden, welche Rolle der wirtschaftlichen Integration Europas unter bestimmten Aspekten aufgegeben ist, wieviel wir uns von den Bemühungen um sie versprechen können und in welchem Verhältnis sie zur politischen Integration — dem hohen Ziele — steht. Und wir werden uns im Verlaufe dieser Ausführungen mit dem Wesen des ökonomischen Liberalismus auseinandersetzen und uns zu fragen haben, welchen Standort er im Prozeß der europäischen Integration einnimmt.

WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE INTEGRATION

Es hat einmal eine Zeit des europäischen Sturms und Drangs gegeben: als rechtschaffene Männer Einigungsprojekte entwarfen, europäische Gesprächsgremien und Bewegungen ins Leben riefen, als jugendliche Akademiker Schlagbäume verbrannten. Diese Zeit liegt hinter uns. Dennoch kann niemand behaupten, daß sie keine Früchte getragen habe. Im Gegenteil! Es sind eine ganze Reihe von Hebeln angesetzt worden, um die Schranken zu beseitigen und den Weg zur Einigung freizumachen. Es sind Anstalten getroffen worden, die, wenn sie auch von verschiedenen Ansätzen ausgehen, in die gleiche Richtung zielen, obwohl nur ein Teil von ihnen als der Integration dienend deklariert worden ist. Es müssen aber durchaus nicht immer diejenigen Veranstaltungen die größte „Europawirksamkeit“ aufweisen, die ausgesprochen in den Dienst der Integration gestellt worden sind.

Die Vulgärvorstellung ist nun die: Laßt uns eine wirtschaftliche Integration schaffen; die politische bricht dann aus ihr hervor wie die Blüte aus der Knospe. Wirtschaftliche und politische Vereinigung werden zueinander wie Ursache und Wirkung oder wie zwei aufeinanderfolgende Glieder eines Kausalnexus ins Verhältnis gesetzt.

Das Prädikat „politisch“ wird nun im Zusammenhang mit den kleineuropäischen wirtschaftlichen Integrationsbemühungen oft und gerne und, wie es scheint, bisweilen leichtsinnig gebraucht; d.h. es wird gebraucht, ohne daß man sich seines Sinngehalts wirklich bewußt ist. Politisch integrieren heißt nämlich nichts anderes, als auf nationale Souveränitätsrechte teilweise oder ganz zu verzichten. Die Verantwortlichen müssen sich darüber im klaren sein, daß sie sich dabei eventuell über manches, was im herkömmlichen, nationalen Bereich, im Bereich der Stände, Branchen oder Klassen, vernünftig erscheint, in Ansehung des Zieles hinwegsetzen müssen. Sie müssen die Opfer verlangen, die für ein so großes Werk nun einmal unumgänglich sind, wenn es Aussicht auf Erfolg haben soll.

DIE „RATIO“ DER KLEINEUROPAISCHEN INTEGRATION

Niemand kann beurteilen, wie weit sich die Verantwortlichen diese Notwendigkeiten vor Augen halten. Es scheinen da von Nation zu Nation Divergenzen zu bestehen. Tatsache ist aber, daß die Initiatoren der kleineuropäischen Integrationsformen Staats- und nicht Wirtschaftspolitiker waren. Ihre Verfahrensweise hat zwei Vernunftgründe:

1. Die Zentripetalkraft, die tendenziell das Angleichen der nationalen Kulturen und Lebensformen aneinander bewirkt, nimmt vom geographischen Zentrum des europäischen Kontinents nach außen ab.

Konkret gesagt: Je mehr wir von der europäischen Mitte dem Rande des Erdteils zustreben, desto mehr stoßen wir auf Sonderformen, Sonderentwicklungen, Sonderinteressen. Das hat eine wichtige Konsequenz: Wenn ein Kraftfeld geschaffen werden soll, das die politische Einigung Europas auslösen, für sie den Grund legen soll, so tut man gut, es in den Kernländern des Kontinents zu errichten. Hier liegen noch die meisten Entsprechungen und Gemeinsamkeiten vor, um eine straffere gemeinsame Ordnung ins Leben zu rufen.

Oder: Je weiter man den Kreis der Integration ziehen will, desto mehr wird man auf Grenzen in Gestalt der Zunahme unzähliger Besonderheiten stoßen, die berücksichtigt werden wollen, desto lockerer also nur kann der Ansatz gehalten werden.

Was lag demzufolge näher, als das wirtschaftspolitische Vorhaben, das zur staatspolitischen Integration führen sollte, zunächst nur in Zentraleuropa anzupacken? Das ist in der Montanunion, vor allem aber der EWG geschehen und umfaßt diejenigen sechs Länder, die sich um die Rheinachse gliedern, in denen sich die Bevölkerung am stärksten ballt, die auf den bedeutendsten kontinentaleuropäischen Kohlenfeldern liegen und die den Kern der europäischen Wirtschaft auf dem Festland bilden.

2. Welchen Grad der Vollendung die europäische Vereinigung auch immer erreichen soll: Am Anfang muß ein irgendwie geartetes wirtschaftliches Aneinanderrücken, eine wirtschaftliche Bereinigung auf internationaler Basis, stehen. Das hat verschiedene Ursachen:

Einmal nimmt das Wirtschaftliche im Denken und Fühlen der Menschen heute den zentralen Platz ein; Anschauungen über Ethik und Formen der Wirtschaft sind an die Stelle des Willens zu religiöser Expansion, ständischen Bewußtseins oder des Glaubens an die Macht der Vernunft getreten, die in der Vergangenheit große Bewegungen ausgelöst, Kulturen geschaffen und den Verfassungen ihren ursprünglichen Geist eingegeben haben.

Zum ändern ist die Wirtschaft mehr und mehr zum Problem geworden. Kriege, Inflationen und Krisen haben in ihr das Gewicht des Staates gewaltig anwachsen lassen. Die Völker sind sozial äußerst empfindlich geworden.

Schließlich ist das gemeinsame europäische Denken noch so schwach entwickelt, daß sich bei ersten Wirtschaftskrisen die betroffenen Staaten auf ihr nationales Hilfsinstrumentarium besinnen und sich mehr oder weniger nach außen abkapseln. Der Beweis dafür liegt im Verhalten Frankreichs unter der vierten Republik und in den Maßnahmen der Deutschen Bundesbank vom 2. Juni 1960.

DAS WIRTSCHAFTLICH-POLITISCHE BINDEGLIED

Hier kommt ein bedeutsames Moment ins Spiel: Bindeglied zwischen beiden Kategorien — Staat und Wirtschaft — ist die Finanz- und Sozialwirtschaft,

und es wäre ein Unding, irgendein großes politisches Werk in Angriff nehmen zu wollen, ohne die finanz- und sozialpolitischen Fragen gleichzeitig aufs gründlichste mitzuregeln. Im EWG-Vertrag wird die Außenwirtschaftspolitik als Handels- und Zollpolitik verstanden und ist als solche gründlich geregelt worden. Daß sie mehr ist als diese, soll hier dahingestellt bleiben. Im Vertrag sind auch einige generelle Bestimmungen über die gemeinsame sog. „Währungspolitik“ enthalten. Richtige Töne sind also durchaus angeschlagen. Dennoch hat sich, völlig zu Recht, ein Gefühl des Unzulänglichen ausgebreitet. Das geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß:

- a) es des EWA und der französischen Währungsvereinbarung bedurfte, um dem EWG-Vertrag überhaupt die ersten zarten Lebenslaute entlocken zu können;
- b) die Finanzminister der Mitgliedsländer besondere Beratungsgepflogenheiten zu entwickeln begannen;
- c) ein Konjunkturausschuß geschaffen wurde, der der wirtschafts- und währungspolitischen Koordinierung in dem hier verstandenen Sinne dienen soll. Er atmet aber noch zu sehr den Geist des Experiments, als daß er als ein Gremium im Sinne des vor fast zwei Jahren vorgeschlagenen Konjunkturboards aufgefaßt werden könnte;
- d) die Außenminister beschlossen haben, die Koordinierung zwischen ihren Ländern zu intensivieren. Auch die Gespräche zwischen dem deutschen Kanzler und dem französischen Präsidenten zielen in diese Richtung.

Man kann also mit Recht von Bestrebungen auf eine größere Verzahnung Europas hin sprechen, gewissermaßen von einem „Integrations“-Werk, das praktisch bereits jetzt über den EWG-Vertrag hinausgeht. Dadurch kann der Prozeß über das im Vertrag Gesetzte und in seinem Rahmen Mögliche, nämlich die mechanische Anpassung, die bloße Liberalisierung und Uniformierung hinaus weitergetrieben werden.

LIBERALISMUS UND WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT

Es nimmt wunder, welche Rolle Wunschgedanken und geistige Kurzschlüsse im europäischen Bezüge spielen. Aber es ist nun einmal so, daß alle, auch die europäischen Völker, weit mehr aus der Vergangenheit und den Vorstellungen über sie leben, als es der gute Wille, Ballast abzuwerfen, wahrhaben will. Sehr tief wurzelt z. B. das Empfinden, daß der Wohlstand in der „guten alten Zeit“ vor dem ersten Weltkrieg eine Folge der liberalen Formen des Wirtschaftslebens war. Tatsache ist, daß damals niemand in den zivilisierten Ländern der westlichen Welt auf den Gedanken kam, die beiden Grundpfeiler des bürgerlich-kaufmännischen Lebens, Eigentum und Vertragsfreiheit, anzurühren, und daß gleichzeitig allgemeine Freizügigkeit im Handels-, Geld- und Personenverkehr — national und international — bestand.

Nun hat schon Aristoteles davor gewarnt, Tatbestände allzu leichtfertig als Ursache und Wirkung zueinander in Beziehung zu setzen. Man sagt gerne leicht hin: „Weil Freizügigkeit und Eigentumsgarantie bestanden, ging es den Leuten damals gut“, und vergißt dabei die einmalige soziologische Konstellation jener Zeiten.

Besonders die Jahre nach der Überwindung der größten Rückschläge aus den beiden Weltkriegen waren hohe Zeiten der geistigen Kurzschlüsse im Hinblick auf die Verhältnisse in der liberalen Ära des 19. Jahrhunderts. Daß sich trotz der Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise in vielen Ländern, vor allem aber in der Bundesrepublik, die Sehnsucht nach Freizügigkeit in der Wirtschaft besonders tief verwurzelte, ist allerdings natürlich: Es war die Reaktion auf die Zwangs- und Polizeiwirtschaft der Kriegs- und Mangeljahre.

Nun sollte eins wohl unbestritten sein: Freiheit des Verbrauchs und der unternehmerischen Dispositionen müssen in erster Linie gewährleistet bleiben. Das ist zusammen mit der Garantie des Eigentums der Kern dessen, was wir von der Wirtschaftspolitik fordern, denn die größte Zahl der Individuen wird davon unmittelbar berührt. Diese Art der Freiheit ist ein Grundbedürfnis des westlichen Menschen in unserer Zeit. Erst sie macht uns das Wirtschaften der Mühe wert. Die Forderung nach ihr ist rein pragmatisch und bedarf nicht der dogmatischen Verankerung. Nur sie soll hier gemeint sein, wenn von „wirtschaftlicher Freiheit“ die Rede ist.

Nun wurde bereits davon, daß die Wirtschaft zum Problem geworden ist, und von der hohen sozialen Empfindlichkeit gesprochen. Angesichts dessen müssen wir uns damit abfinden, daß das Vorfeld der eigentlichen Privatwirtschaft, alles, was außerhalb der individuellen Entscheidung über Konsum und Investition und außerhalb des Handels mit den gefragten Gütern liegt, sub specie libertatis problematisch ist, beispielsweise die Sphären der Einkommensbildung und -umschichtung, der öffentlichen und privaten Finanzen. Das Bemühen, auch da Freizügigkeit zu gewähren, sollte obenan stehen. Es muß sich aber mit der Einsicht paaren, daß es zu einschränkenden Verhältnissen kommen kann. Diese brauchen nicht bei jeder Zwangslage einzutreten. Die moderne Wirtschaft hat sich die private Gruppen- und Standesvertretung geschaffen, um das Feld hier — auch international — zu bereinigen, sich den Überblick, der für den einzelnen unmöglich geworden ist, zu schaffen und den sonst nötigen Staatseingriff abzudämmen.

Wenn die europäischen Völker ihre Volkswirtschaften nach dem Kriege, wenn auch unterschiedlich, so doch wesentlich von administrativen Fesseln befreien konnten, so lag das an den Umständen des Wiederaufbaus, die einen kräftigen Auftrieb verursachten. Einen Auftrieb, der so vielen Menschen ein Mehrfaches der benötigten Subsistenzmittel in die Hände gab, daß die gerechte Verteilung als Problem in den Hintergrund treten konnte.

Man möchte wieder sagen: Beachte die Ursachenfolge und schließe nicht kurz! Jede Regierung soll die Freiheit als höchstes kulturelles Gut pflegen und realisieren, solange Gerechtigkeit und Sicherheitsbedürfnis es erlauben. Sie kann das auf wirtschaftlichem Gebiet am besten, indem sie das Wachstum fördert.

Dazu sind zunächst allgemeinere, später vereinzeltere Eingriffe in der vorindividuellen Sphäre (die, recht harmlos, die Gestalt eines bloßen Ansporns in Form von Zinsermäßigungen oder finanziellen Zuschüssen annehmen können), bisweilen aber auch in der privaten Sphäre selbst nötig. Ist der Aufschwung aber ausgelöst, können immer mehr Fesseln beseitigt werden. Und dann wird es in einer Gesellschaft, die mit der Freiheit umzugehen weiß, allmählich zu einer kräftigen Wechselwirkung zwischen dieser und den Elementen des Aufschwungs — im speziellen Falle Europas waren es die Maßnahmen des Wiederaufbaus — kommen, bis es so weit ist, daß die Freiheit zum tragenden Element des Wirtschaftens wird. Hier und nur hier ist dann der geeignete Augenblick, um eine engere Verknüpfung mehrerer nationaler Wirtschaften auf freiheitlicher Grundlage zu bewerkstelligen, bevor sie von der Erstarrung im ständischen und nationalen Egoismus erfaßt werden. In dieser Beziehung kann auf den Unterschied zwischen internationaler Liberalisierung und wirtschaftlicher Integration gar nicht deutlich genug hingewiesen werden: Diese ist viel mehr als jene. Diese beseitigt die „Mentalreserve“ der Menschen vor dem „Fremden“. Zu ihr gehört die internationale Verflechtung von Vermögen und Unternehmungen, eine Wanderung von Kapital und Arbeit, die als wirkliches Bedürfnis empfunden wird. Ob sie aus wohldurchdachten Verträgen entspringen kann, muß der Diskussion überlassen bleiben. Immerhin: Man sollte sich unausgesetzt bemühen, Ansätze zu finden.

GEFAHREN FÜR DEN WILLEN ZUR GEMEINSCHAFT

Wesentlich ist nun: Die Wünsche nach der Integration Europas fielen in die Zeit des beginnenden Wiederaufbaus. Es waren Wünsche, die stark genug waren, um auch Taten zu erzeugen. Was war aber das Grundmotiv: Ein Europa zu schaffen und dafür erst einmal Opfer zu bringen oder aus einigen wirtschaftlichen Integrationsvorhaben möglichst viel Nutzen für die eigene Nation zu ziehen?

Für ein großes politisches Werk ist es immer gut, wenn von den Massen viel „reine Torheit“ ins Spiel gebracht wird, die von der Kunst des kühl oder kühn denkenden und phantasiebegabten Staatsmanns in die rechte Bahn gelenkt wird. Wenig Idealismus, viel Gleichgültigkeit bei den Massen und eine lediglich kaufmännisch kalkulierende Nüchternheit bei den Regierenden genügen gewöhnlich nicht. Gerade die Zeit des ersten, aber auch noch die des fortgeschrittenen Wiederaufbaus hat manch gute moralische Kraft in Europa freigesetzt. Sie hätte besser genutzt werden sollen; denn eine Regel steht über derlei Dingen:

Große politisch-kulturelle Werke, und ein solches ist die europäische Vereinigung, bedürfen auch im Materiellen ganz bestimmter Voraussetzungen. Beide Extreme, die Not und die Sättigkeit, sind ihnen feindlich. In ihrem Morast wird der moralische Wille zur Ge-

meinschaft erstickt. Noch haben wir in Europa, die wir von der äußersten seelischen und materiellen Enge und Not herkommen, den Bereich des anderen Extrems nicht erreicht. Aber wir nähern uns ihm! Betonter Nationalismus und Klassenegoismus sind seine Symptome, Gleichgültigkeit gegenüber den gemeinsamen kulturellen und politischen Belangen seine Folgen.

VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE POLITISCHE INTEGRIERUNG

Es ist bereits gesagt worden, daß sich bei wirtschaftlichen Notständen die Völker auf sich selbst zurückziehen. Daher ist keine politische Vereinigung Europas ohne vorhergehende wirtschaftliche Bereinigung bei gleichzeitigen wirtschaftspolitischen Koordinierungsmaßnahmen möglich! Denn es ist doch so: Wenn bestimmte soziologische und standortliche Voraussetzungen vorliegen, wird ein Mehr an wirtschaftlichen Freiheiten zur Voraussetzung weiteren Aufstiegs. In Europa ist das bei lediglich graduellen Unterschieden — mit Ausnahme einiger Randgebiete — überall der Fall. Deshalb kann und muß die Liberalisierung ins internationale Feld übertragen werden, wenn der Lebensstandard weiter erhöht werden soll. Das geschieht durch die europäische wirtschaftliche Integration. Es bedarf aber für diese Schritte der binnenwirtschaftlichen Gesundheit, die eben auch ihrerseits von der inneren Freizügigkeit gefördert wird. Es entsteht also eine Wechselwirkung, die u. U. auch die politische Integration fördern, sie aber niemals herbeiführen oder auch nur auslösen kann. Auch die verschiedenen bereits erwähnten zusätzlichen Koordinierungsmaßnahmen auf institutioneller Grundlage werden kaum imstande sein, die politische Integration Europas zu bewirken. Sie sind aber unumgänglich, um den wirtschaftlichen Zusammenhalt und die europäische Liberalisierung abzustützen. Dabei muß man sich darüber im klaren sein, daß gerade sie so lange Stückwerk und Versuch bleiben, wie der politischen Anpassung größere Intensität fehlt.

Die EWG ist somit nur Teil einer umfassenden Integration. Sie sieht u. a. eine Anpassung in der Steuer-, Währungs- und Wettbewerbspolitik vor und weist somit nach vorn. Durch sie wird aber auch ein Schlußstein auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gesetzt. Warum?

Es ist bereits davon gesprochen worden, daß die Völker sehr aus den Idealvorstellungen über die Vergangenheit leben. Diese Vorstellungen enthalten durchaus Realitätsgehalt. Sie sind für die Erkenntnis soziologischer, wirtschaftlicher und politischer Vorgänge sehr wichtige „Residuen“ — Überkommenes, Überbleibsel, die keineswegs einfach abgetan werden können, sondern als Elemente künftiger Entwicklungen genauso bedeutend sind wie neu entstandene Realitäten. Beide zusammen bestimmen — wenn man so will, als „Zeitgeist“ — Strömungen, mit denen der Politiker rechnen muß und die durchaus Positives zeitigen können.

Welche Rolle nun „Erinnerungen“ an die Verhältnisse vor den Kriegen spielen, wurde bereits angedeutet. Immerhin hat sich der Wunsch, mit steigendem Wohlstand auch die früheren Wirtschaftsformen und -bräuche wieder zum Leben zu erwecken, durchgesetzt. Im nationalen Bereich ist da von den europäischen Völkern schon manches getan worden. Und die Integrationsprojekte sind wohl ein Ansatz zu Neuem; sie spiegeln aber auch sehr das Bestreben wider, Gewesenes neu zu beleben. Insofern sind sie jedoch, wie gesagt, Schlußsteine im europäischen Wiederaufbau.

Fassen wir das bisher Erkannte zusammen:

1. Um die europäischen Völker politisch zu vereinigen, müssen die nationalwirtschaftlichen Verhältnisse bereinigt sein.
2. Die nationalwirtschaftlichen Verhältnisse können nur unter freiheitlichen Formen bereinigt werden — einmal, weil die Völker es so wollen, zum anderen, weil es unter den bestehenden Verhältnissen am vorteilhaftesten ist.
3. Wie es bei fortschreitendem Wiederaufbau gut war, die Binnenwirtschaft zu befreien, ist es von einem bestimmten Reifegrad an auch von Vorteil, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu liberalisieren. Darauf ist der EWG-Vertrag im wesentlichen gerichtet.
4. Integration ist mehr, wenn nicht gar substantiell anderes, als Liberalisierung. Der Gemeinsame Markt trägt daher eine Art Januskopf. Der gemeinsame Außenzoll schafft nur eine punktuelle Uniformität. Er konstituiert keine lebendige Grenze, innerhalb deren staatliche und gesellschaftliche Einheiten zusammenwachsen. Er hat nicht die in diesem Sinne schöpferischen Folgen einer Abgrenzung, sei es in Gestalt einer Staatsgrenze oder eines Erziehungszolls.

Liberalisierung, wirtschaftliche Integration und Bereinigung sind also voneinander streng zu unterscheiden, wobei Klarheit darüber bestehen muß, daß nur wirtschaftliche Integration und Bereinigung der politischen Integration wirklich förderlich sind.

DAS GEISTIGE WIDERSPIEL: DIE MONTANUNION

Daß die Liberalisierungsmaßnahmen der EWG so breit angelegt sind, entspricht dem „Zeitgeist“, ist durchaus ein glückliches Zeichen des Optimismus aus wachsendem Wohlstand. Es gab aber auch eine Zeit, da glaubte man, viel behutsamer vorgehen zu müssen. Man war überzeugt, daß es auf Grund der wirtschaftlichen Mangellage unmöglich sei, die Volkswirtschaften insgesamt der internationalen Konkurrenz auszusetzen, und schuf daher ein Gebilde, das, im Positiven und Negativen, taktisch-politisch komplexer und interessanter ist, als man ihm auf den ersten Blick ansehen kann: die Montanunion.

Der Kerngedanke der Montanunion ist: Die Schlüsselpositionen aller Industrieproduktion, damals noch unbestritten Kohle und Stahl, werden gleichen Bedingungen unterworfen und allen Vertragsländern uneingeschränkt zugänglich gemacht. Die zentrale Stellung dieser Industriezweige sollte dadurch eine allgemeine Rationalisierung ermöglichen, darüber hinaus aber andere Industrie- und Wirtschaftszweige in ihren Sog ziehen, in erster Linie die Landwirtschaft in Form des sogenannten „pool vert“.

Bei der Montanunion ist gerne von einem „Gemeinsamen Markt“ für Kohle und Stahl gesprochen worden. Sie ist aber wirtschaftspsychologisch ganz anderen Ursprungs als der Gemeinsame Markt der EWG. Wenn wir von den äußerlichen, vertraglich normierten Erscheinungsformen die Schichten nach und nach abheben, stoßen wir auf interessante Hintergründe. Mit beiden, der Montanunion und der EWG, sollte der europäischen Vereinigung gedient werden. Der erste Blick hinter die Kulissen zeigt uns aber, daß die Montanunion einer Situation, die EWG dagegen einer Idee entspringt. Beide sind gedanklich Kinder des eingangs genannten europäischen Sturms und Drangs. Als aber die Montanunion konzipiert wurde, galt es noch, Engpässe zu beseitigen.

Die Ratio der Montanunion war also die Mangellage. Die Ratio der EWG besteht demgegenüber in Freizügigkeit und Wettbewerb als bewegenden Geistern einer Harmonie höherer Ordnung. Größe von Willen und Gedanken und Tücke des Interesses liegen vornehmlich bei der Montanunion eng beieinander. Gleicher Zugang bei gleichen Bedingungen zu Kohle und Stahl für alle — ein schöner Gedanke! Daß die Produktion beider Grundstoffe ihren Schwerpunkt in Deutschland hat, setzt dem Bild aber ein eigenes Licht auf. Andererseits verdankt die Bundesrepublik der Montanunion die Befreiung von den alliierten Auflagen für die Stahlindustrie. Diese Widersprüche sind letztlich von der Dynamik der Entwicklung aufgehoben worden: Wohlstand, ja Überfluß machten die Reglementierung gegenstandslos; die Substitutionskonkurrenz von Erdöl und Kunststoff, die wirtschaftliche Gesundung Frankreichs, die Ölfunde in der Sahara stellen das nationale Interesse vor eine Lage mit ganz anderen Vorzeichen.

In Summa: Die Montanunion hat es gegenüber der mächtig aufkommenden Wirklichkeit nicht leicht; die EWG — in ihrer Erscheinungsform als Endstufe der Reliberalisierung — muß sich dagegen in der europäischen Integration noch bewähren.

Die Montanunion sollte einen Sog auslösen, und man glaubt, daß ihr das nicht gelungen sei. Diese Meinung ist voreilig. Schauen wir uns die Diskussion über die europäische Agrarpolitik an. Wenn sich hier bestimmte Ansichten durchsetzen, ergibt sich etwas Verblüffendes: So wie die EWG auf der einen Seite ein Schlußstein des europäischen Wiederaufbaus ist, so können die Vereinbarungen über die europäische Landwirtschaft zu etwas ähnlichem führen wie zu einem „pool vert“ — dem leiblichen Bruder und der letzten Ausmündung der Montanunion. Und es bleibt nur noch die Frage, ob der „Zeitgeist“, der überall Freizügigkeit verwirklicht sehen will, die Entwicklung in derselben Art und Weise über diese hinweggehen lassen wird, wie die Dynamik des Wiederaufbaus die Mangelpsychose der Montanunion selbst untergepflegt hat.

DIE REALITÄT DES NATIONALEN INTERESSES

„Europa als Wille und Vorstellung“ — so lassen sich die bisher erfolgten Bemühungen vielleicht charakterisieren. Die Vernunft verlangt nach Freiheit und Integration — und möchte beides in vornehmlich handelspolitischen Maßnahmen mit unmittelbar politischer Wirkung verknüpfen. Hier ist jedoch Vorsicht zu empfehlen, zu viel zu erwarten: Liberalisierung und Integration enthalten entgegengesetzte Elemente, die man nicht übersehen sollte. Betrachten wir die Motive für diese Bestrebungen wie auch die für die gemeinsame Lenkung einzelner Sektoren, wie es in der Montanunion geschieht, so kristallisiert sich ein wohl allgemein menschliches, nach dem letzten Kriege aber mit besonderer Intensität aufgetretenes Phänomen immer deutlicher heraus: Der Wunsch, alles zu gleicher Zeit und möglichst schnell verwirklicht zu sehen, ohne dafür Opfer bringen zu wollen — eine Mentalität, die den Erfordernissen der europäischen Vereinigung in jeder Hinsicht entgegengesetzt ist.

Wem es mit dem einen Europa ernst ist, der muß solche Fehlschlüsse bedauern, weil durch sie viel wertvolle Kraft, hinter der manch guter Wille steht, vergeudet wird. Er muß es aber als geradezu tragisch empfinden, daß hinter dem, was bisher effektiv für die „Wirtschaftliche Integration Europas“ getan wurde, oft kompakte nationale Interessen stehen.

Sie zu verfolgen, bringt und brachte für die einzelnen beteiligten Nationen viele Vorteile — dem als gemeinsam hingestellten Ziel aber wird damit nicht gedient. Dabei können wir noch zufrieden sein, wenn alle wenigstens ab und zu ein gemeinsames Interesse haben, das nicht von anderen Wünschen überdeckt wird. Das war z. B. der Fall, als die OEEC als Rahmen für eine lockere wirtschaftspolitische Koordination der Marshallplanhilfe empfangenden Länder geschaffen wurde. Ihre Unterorganisation, die EZU, aber auch sie selbst, können den Ruhm einer hohen Effizienz für sich in Anspruch nehmen — und warum? Weil es um den Wiederaufbau, die Befreiung von nackter Not ging — ein Wunsch, der allen Beteiligten gemeinsam war.

Europa leidet heute an Illusionen. Schon die bloße Ehrlichkeit wirkt da befreiend: de Gaulle hat das Wort vom „Europa der Vaterländer“ gesprochen. Ein erlösendes Wort, um so mehr, als es von einem Staatsmann gesprochen wurde, dessen Land nie unter einer anderen Maxime als der der Erzielung größten Nutzens für sich selbst gehandelt hat. Er darf wegen der Klarheit, die er damit geschaffen hat, um so mehr das Prädikat des „großen Europäers“ für sich in Anspruch nehmen — weit mehr als seine Landsleute, die „große Europäer“ genannt, „Europa“ sagten und „Frankreich“ meinten.

Man muß de Gaulle dankbar sein. Er hat weniger postuliert als vielmehr nur konstatiert, was ist. Für den realistischen Betrachter des europäischen Theaters ist diese Erkenntnis nichts weniger als bestürzend. Im Gegenteil: Vielleicht ist die Ernüchterung geeig-

net, die wahren Möglichkeiten eines Aneinander-rückens der europäischen Völker erkennen zu lassen. De Gaulle hat für die Europaschwärmerei als der große Grenzzieher gewirkt. Die von ihm Enttäuschten müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, weder die Lehren der Geschichte noch die wirklichen Gegebenheiten in Betracht gezogen zu haben. Sie haben vor allem wohl eine zu wenig klare Vorstellung über das Ziel gehabt. Das sollte aber doch die politische Integration Europas sein, d. h. der Verzicht der Staaten auf Souveränitätsrechte, d. h. in erster Linie Koordination, wenn nicht Vereinheitlichung zumindest der Außen-, der Finanz- und der Wirtschaftspolitik. Das hieße sowohl, daß die Franzosen sich das deutsche Bestreben nach Wiedervereinigung als auch die Deutschen sich das Algerienproblem zu eigen machen, daß die Schulden des einen von den anderen mit übernommen werden, kurz, daß es zu einer Art innereuropäischen „Lastenausgleichs“ kommt. Nur so ist eine Integration vorstellbar. Und sie wäre aller Mühen und Opferbereitschaft wert!

Was sind dagegen die bisher erfolgten gemeinsamen Maßnahmen? Sie sind durchaus nicht gering einzuschätzen, sind aber doch auf andere Effekte gerichtet: Befreiung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs hebt die Produktivität und den Wohlstand; sie überdeckt sich weit mit politischen Operationen in dem hier verstandenen Sinne, hat aber doch einen ganz anderen Wesenskern. Dreißig Jahre Deutschen Zollvereins konnten den Krieg von 1866 nicht verhindern. Die Vereinigung der deutschen Staaten wurde erst in den folgenden Jahren durch einige gewagte politische Entscheidungen zustande gebracht.

Und weiter: Man hat postulierend den Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ geprägt — mit einem deutlichen Blick auf das Vorbild der „Vereinigten Staaten von Amerika“.

Wenn nun überhaupt ein Vergleich hinkt, dann dieser. Die USA sind aus 13 von englischem Recht, englischen Sitten und puritanischer Mentalität geprägten Provinzen entstanden. Über sie ergoß sich der amalgamierende Strom der Einwanderer. Das Wesen Europas sind Differenzierung, Spaltung und Widerspruch in ihrer ganzen Fruchtbarkeit. Die Bevölkerungsbewegung hat hier seit der Völkerwanderung zu der Herausbildung eigenständiger, in Recht, Sitte und Temperament höchst unterschiedlicher Völker geführt. Es ist bereits hohe europäische Staatskunst, wenn diese Differenzierungen nicht in Gegnerschaft ausarten.

Aktuelles Zweckdenken gebietet die Allianz. Damit werden wir uns vorerst bescheiden müssen; denn nichts anderes hat uns die französische Nachkriegspolitik klargemacht. Für Frankreich ist die EWG die erweiterte Form des Schutzzauns, mit dem es sich seit Colbert immer umgeben hat. Mit sicherem Instinkt hat es die EWG und das EWA seit ihrem Bestehen genutzt, um einen heilsamen Druck zur inneren Disziplin zu erzeugen und auf dieser Grund-

lage neue Kräfte zu entfalten. Das nüchterne romantische Kalkül scheut die Unwägbarkeit des weiteren Raumes.

DIE FEHLENDE IDEE

Stehen wir auf dem Wege nach Europa vor einem toten Punkt? In der Aktion vielleicht. Für die heilsame Erkenntnis muß das aber keineswegs gelten.

Wahr ist: Europa hat wieder aufgebaut, hat mit zunehmender Liberalisierung Speck angesetzt und ist — infolgedessen? — immer integrationsfauler geworden. Sicher haben seine einzelnen Länder auch andere Sorgen. Aber die Indizien deuten doch auf zweierlei:

1. Liberalisierungsmaßnahmen stehen mit ihrem wohlstandshebenden Effekt von einem bestimmten Niveau an im Gegensatz zum politisch-schöpferischen Vereinigungswillen.
2. Die eigenen Interessen gehen den europäischen Nationen vor das Gemeinsame; sie haben die Vereinigung bisher nur angestrebt, soweit sie sich einen eigenen, unmittelbaren Vorteil davon versprechen konnten.

Sie alle scheuen davor zurück, die Nöte ihrer Nächsten — der anderen europäischen Völker — zu ihren eigenen zu machen. Es wäre wohl zu viel verlangt, wenn man das heute und sehr schnell erwartete. Aber es zeigt sich auch keinerlei Ansatz. Dabei kommt es für eine wirkliche Integration, eine Vereinigung, die den Namen verdient, sehr darauf an, das Gemeinsame, Große und Kleine, Gute und Böse zu sehen und als Eigenes zu übernehmen. Es fehlt das Positive, die Idee, wenn man so will, die den Willen trägt. Vage Deklamationen genügen nicht. Was versteht die Masse schon unter „Abendland“? Und was verstehen die darunter, die diesen Begriff so gern zitieren? Sie entnehmen ihr Bild gewöhnlich der Vorstellung, die sich der Romantiker vom Mittelalter macht.

So wenig wie der Zollverein hat auch die gemeinsame Front der Deutschen gegen Napoleon I. die deutsche Einigung gebracht. So wenig wie die wirtschaftliche „Integration“ es vermag, so wenig wird auch die Russophobie die Vereinigung Europas zustande bringen. Antikomplexe und Furcht sind schlechte Motoren für ein solches Werk. Sie prägen bestenfalls ein Militärbündnis. Sie mögen zwar eine gewisse Hilfestellung leisten — eine Grundlage schaffen sie nicht. Es entbehrt übrigens nicht einer gewissen Komik, wenn man sich in Verbindung damit vor Augen hält, daß die Gesellschaftsstruktur und die Lebensform des mittelalterlichen Abendlandes durch eine starke Gebundenheit — in Zunft und Gilde, in der ländlichen Siedlungsgenossenschaft und dem Domkapitel — charakterisiert wurden, also eigentlich kollektivistisch waren.

Nun — uns geht es heute um etwas anderes: Wir müssen Europa wollen und diesem Streben einen Inhalt geben, der nicht in erster Linie das individuelle wirtschaftliche oder das nationale Nutzbegehren an-

spricht. Die europäische Vereinigung darf nicht das Surrogat einer bestimmten Zweckpolitik sein, die womöglich auch nur noch einem einzigen Lande dient. Sie darf auch kein Schmuckwort für eine institutionalisierte Hegemonie sein.

Andererseits ist vor unbedachter Eile zu warnen: Sicherlich sind es nicht die Schlechtesten, die ab und zu eine einheitliche europäische Währung fordern. Gerade das ist aber der größte Fehlschluß: Die einheitliche Währung kann erst ganz am Ende des Vereinigungsprozesses stehen; denn die Währung ist eine politische Kategorie; sie zeigt wie ein feines Meßinstrument jedes politische, finanzielle und wirtschaftliche Ungleichgewicht an. Die massiven Ungleichgewichte, wie sie jetzt noch zwischen den europäischen Ländern bestehen, würden eine Währungs-

vereinheitlichung nach kurzer Zeit aushöhlen. Sie können nur durch Koordination und Souveränitätsverzicht gemeinsam angegangen werden.

Wo aber beginnen und wie? Ich glaube, die Verantwortlichen sollten sich nicht zu viel auf Prinzipien festlegen. Sie sollten entschlossen sein, dort, wo es nötig ist, mit etwas strafferer Hand zuzugreifen. Die Gefahr, daß sich der Radikalismus, das Extreme, durchsetzt, ist nach den Lehren aus den letzten 30 Jahren hoffentlich nicht groß. Die Geschichte lehrt sogar, daß europäisch sein, geradezu heißt, jeder weltlichen Autorität, sei sie staatlich oder konfessionell, immer wieder Zügel anlegen zu können, ohne der Anarchie zu verfallen. Das gibt uns Hoffnung, daß Wille und Vernunft schließlich den geeigneten Weg zum einen Europa finden lassen.